

Amts- und Anzeigengeblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 3.00 einschließl. des Postzuschlages. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage für den folgenden Tag.

Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckfehler nicht verantwortlich. — Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckfehler nicht verantwortlich.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstützengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstützengrün, Wildenthal usw.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

66. Jahrgang.

Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 20 Pfg., auswärts 25 Pfg. Im Restamteil die Zeile 50 Pfg. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 50 Pfg. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.

Postnummer Nr. 110.

N 192.

Donnerstag, den 21. August

1919

Nachstehende Verordnung des Reichswehrministers, die auch für den Freistaat Sachsen Geltung hat, wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, den 16. August 1919.

917 III Kr 1 B

8994

Wirtschaftsministerium.

Bekanntmachung.
Nr. F. R. 1108. 19. KRA.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 (RWB. S. 1292), auf Grund des Erlasses des Rats der Volksbeauftragten über die Errichtung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 12. November 1918 (RWB. S. 1304) und auf Grund des Erlasses der Reichsregierung, betreffend Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung, vom 26. April 1919 (RWB. S. 438) wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

Die von den Kriegsministerien und den Militärbefehlshabern erlassenen, den Betroffenen namentlich zugestellten Verfügungen, betreffend Beschlagnahme und Meldepflicht von Rohweinstein, Weinstein (Cremor tartari) oder Weinsäure (letztere auch in Säureform), werden hiermit aufgehoben.

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 9. August 1919 in Kraft.
Berlin, den 9. August 1919.

Der Reichswehrminister.
J. A. Hedler.

Verteilung von Frischfleisch und amerikanischem Schweinefleisch.

In der laufenden Woche kommen auf Reichsfleischmarken zur Verteilung:

125 g Rindfleisch und Wurst für Personen über 6 Jahre und unter 6 Jahren.

In denjenigen Gemeinden, die wegen ungenügender Viehzufuhr nicht mit Rindfleisch beliefert werden können werden

125 g Schweinefleischkonserven für Personen über 6 Jahre und unter 6 Jahren abgegeben.

Außerdem werden auf Marke II 8 der Einfuhr-Zusatzkarte für ausländisches Pökelschweinefleisch

125 g amerikanisches Schweinefleisch für Personen über 6 Jahre und unter 6 Jahren abgegeben.

Die Belieferung von ausländischem Fleisch auf Zusatzkarte darf nur bei demjenigen Fleischer erfolgen, bei dem der Bezugsberechtigte zur Entnahme des inländischen Fleisches auf Reichsfleischmarken angemeldet ist.

Der Preis für 1 Pfund Rindfleisch beträgt 3 35 M., für 1 Pfund Wurst 3 00 M., für 125 g Schweinefleischkonserven 1 40 M. und für 125 g amerikanisches Schweinefleisch 1 13 M.

Schwarzenberg, am 19. August 1919.

Der Bezirksverband

Der Arbeiterrat

der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Dr. Raefner.

Schied.

Auholzversteigerung.

Wildenthaler Staatsforstrevier.

Gasthof „Carls Hof“ in Schönheiderhammer,

Donnerstag, den 28. August 1919, nachm. 1 Uhr:

59 w. Stämme	618 15 cm stark,	163 w. Stämme	16—19 cm stark,
103 "	20—22 "	209 "	23—43 "
3455 "	Alde 7—15 "	2817 "	Alde 16—22 "
2699 "	23 u. m. "	in Abt. 2, 52, 68 u. 73 (Rahlschläge), 52, 70, 72, 74, 75 u. 85 (Einzelhölzer).	

Forstrevierverwaltung Wildenthal.

Forstrentamt Eibenstock.

Reich und Einzelstaaten.

Zu der politischen Streitfrage zwischen Reich und Einzelstaaten über die Aenderung der Landesgrenzen, die durch die Annahme der Verfassung einseitig theoretisch erledigt ist, praktisch aber hoffentlich keine Geltung gewinnen wird, gesellt sich eine neue, die finanzielle Auseinandersetzung bei dem Uebergang der Einkommensteuer von den Einzelstaaten auf das Reich. Der Reichsfinanzminister, den die Ententforderungen bedrängen, braucht nicht das Geld am notwendigsten, aber seine Kollegen in den Staaten können auch sagen: „Wächst uns ein Kornfeld in der flachen Hand?“ Heute ist es doch tatsächlich viel schwerer, Steuerobjekte zu finden, die noch nicht belastet sind, als neue Steuerzuschläge zu machen. Das Einkommen, um nur das zu sagen, ist belastet von Staatseinkommensteuer mit Zuschlägen, Kommunalsteuern, Gewerbesteuer, Grund- und Gebäudesteuer, Umsatzsteuer, Kriegszugabe, Zuwachssteuer, Kirchensteuer und noch größere Lasten kommen hinzu. Und das meiste liegt in den nächsten beiden Menschenalter! Letzte Endes in den unerlöschlichen Nachen der Entente.

Das Reich nimmt das Geld, das es haben muß zum großen Teil von den Einzelstaaten, dem außer der direkten Steuer fallen ihm auch die bisherigen staatlichen Einnahmestellen zu, die sich allerdings in letzter Zeit in ein riesiges Defizit verwandelt haben. Jedemfalls können die Einzelstaaten ihre Ausgaben nicht mehr decken, wenn ihnen das Reich so viel nimmt, sie müssen also darauf bestehen, daß ihnen das Notwendigste belassen wird oder neue Steuerquellen eröffnet werden. Diejenigen, die Staatsgelder erhalten, werden sagen, und ist das eigene Hemd näher als der Rock der Entente! Der Reichsfinanzminister muß also das nötige Geld lassen oder mögliche Steuerquellen angeben.

Zu Boden gedrückt kann aber niemand werden, weder das einzelne Individuum, noch ein ganzer Staat. Das Reich nimmt auch für die Zukunft Fleisch- und Rehtabgaben in Aussicht, Bier und Tabaksteuern hat es schon. Wo sollen also in Nahrungs- und Genussmitteln noch große Einnahmequellen herkommen? Handel und Gewerbe kann man schließlich nicht zu neuem Behnteln ausschachten, der Haus- und Grundbesitz lohnt, das Vermögen allein bringt die erforderlichen Summen nicht auf. Woher, woher nehmen, wenn das Reich nichts läßt? Und schließlich haben auch die Einzelstaaten für die Städte und Gemeinden zu sorgen,

da Zuschläge zur Einkommensteuer nicht mehr erhoben werden sollen. Oder wird beabsichtigt, Städte und Gemeinden auf kommunale Verbrauchssteuer zu verweisen? Damit kämen wir vom Regen in die Traufe durch bedeutend erhöhte Lebensmittelpreise. Man sieht, die finanzielle Auseinandersetzung ist sehr dornig, aber gesunden muß sie werden.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Staatsgerichtshof. Der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung nahm folgenden Antrag des Unterausschusses zur Vorlage wegen Errichtung eines Staatsgerichtshofes an: Die Nationalversammlung wolle beschließen, auf Grund der Verfassung des Deutschen Reiches, Artikel 34, alsbald einen Untersuchungsausschuss von 28 Mitgliedern einzusetzen, der die Aufgabe hat, durch die Erhebung aller Beweise festzustellen: 1. welche Vorgänge zum Ausbruch des Krieges geführt, seine Verlängerung veranlaßt und seinen Verlauf herbeigeführt haben, insbesondere 2. ob Möglichkeiten sich im Verlaufe des Krieges geboten haben, zu Friedensbesprechungen zu gelangen und ob solche Möglichkeiten ohne die erforderliche Sorgfalt behandelt worden sind, 3. ob im Verlaufe der politischen Stellen der Reichsleitung unter sich, zwischen der politischen und militärischen Leitung und mit der Volksvertretung oder deren Vertretern ein Treu und Glauben gewahrt worden sind, 4. ob in der militärischen und wirtschaftlichen Kriegsführung Maßnahmen angeordnet oder gebildet worden sind, die Vorschriften des Völkerrechts verletzen haben oder über die militärischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten hinaus grausam und hart waren. Weiter hat der Verfassungsausschuss beschlossen, den Unterausschuss mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes wegen Errichtung eines ordentlichen Staatsgerichtshofes gemäß Art. 108 der Reichsverfassung unter Ausdehnung seiner Zuständigkeiten im Sinne des Gesetzesentwurfes zu beauftragen.

Dr. Helfferich an Reichspräsident Ebert. Dr. Helfferich sandte an den Reichspräsidenten seine Handschrift „Fort mit Erzberger!“ nebst einem Schreiben, worin er seine Beweggründe darlegt, die ihn zu seinem Vorgehen gegen Erzberger veranlassen. Am Schluß des Schreibens stellt der frühere Staatssekretär es dem Reichspräsidenten

anheim, das Erforderliche für eine einwandfreie Feststellung des seinen Anschuldigungen zugrunde liegenden Sachverhalts in die Wege zu leiten.

Jedemwo in Deutschland stehen die Räder immer still, wie zuletzt wieder in Oberschlesien, und aus den Schornsteinen steigt nicht der Dampf der Arbeit, sondern das verlorene Geld hinaus. Was nützen da alle Ministerreden in Weimar, Berlin und sonstwo, in denen es heißt, daß nicht abzusehen ist, wie das Geld aufgebracht werden soll? Was nützt uns ein Gesetz gegen die Steuerflucht, wenn viel größere Summen durch die eigenen Strafsverfahren verloren gehen? Und dabei sagen die Eisenbahner dem Minister Dezer, in ihrer Verwaltung seien 150 000 Arbeiter überflüssig, die nur aus politischen Gründen nicht entlassen würden. Demgegenüber stehen die Geld- und Kohlenforderungen der Entente. Man weiß nicht, was man sagen soll, und es ist auch ganz erklärlich, wenn unter diesen Umständen die deutschen Vorstellungen in Versailles keinen Eindruck machen. Wir tragen ja selbst nicht unserer Notlage Rechnung.

Der polnische Aufruhr in Oberschlesien. Im Laufe des Montag besserte sich die Lage für die deutschen Truppen ganz erheblich. Von besonderem Einfluß auf die Haltung gewisser deutschfeindlicher Elemente war die am Vormittag erfolgte Verkündigung des Standrechts über Oberschlesien. Die Wirkung war bald zu bemerken. Zahlreiche dunkle Elemente, die an den Vortagen sich an den Ausschreitungen beteiligten, wurden dadurch eingeschüchtert. Einen vorübergehenden Erfolg errangen die polnischen Banden in der Gegend von Kattowitz und Myslowitz; sie besetzten hier einige Gruben, hielten die polnische Flagge und erklärten die Gruben für polnisches Nationaleigentum. Die anmarschierenden deutschen Truppen werden sie bald verjagen. Den Aufhänger gelang es, vereinzelt kleine Trupps, die in Ortschaften eingeschlossen waren, nach länger andauerndem Feuergefecht und infolge Munitionsmangels zu entwaffnen und gefangen zu nehmen. Auch wurde während der Nacht Postierungen meuchlings ermordet, so der Führer der eingeschlossenen Pionierkompanie, der auf dem Wege nach Zmielin einem Hinterhalte zum Opfer fiel. Im Kreise Pleß wurden an einer einzigen Stelle 13 scheinlich zugerichtete Leichen deutscher Soldaten einer überfallenen Feldwache gefunden. Im Kreise Rybnitz kam es, wie von amtlicher Stelle gemeldet wird, in der Nacht zum Dienstag an allen Ecken und Enden zu